

Frankfurter Rundschau  
19/4/70

# Kein Todesurteil, aber hohe Haftstrafen in Athen

## Karajorgas soll lebenslang, Mangakis 18 Jahre ins Zuchthaus / Bundesregierung strebt Urteilsrevision an

ATHEN, 12. April (AP/UPI/dpa). Im Athen-Prozeß gegen 34 Angeklagte, die beschuldigt wurden, als Mitglieder der Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung“ den Sturz des griechischen Regimes geplant zu haben, hat das Sondermilitärgericht am Sonntag die Urteile verkündet. 27 Angeklagte wurden für schuldig befunden und zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis lebenslänglich verurteilt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen. Der Hauptangeklagte, Professor Dionysios Karajorgas, für den die Anklage die Todesstrafe gefordert hatte, erhielt eine lebenslange Gefängnisstrafe.

Karajorgas wurde außerdem wegen Besitzes von Sprengstoffen, Legens eines Sprengkörpers und anderer Straftaten zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als das Urteil gegen Karajorgas gesprochen wurde, rief Frau Karajorgas im Gerichtssaal aus: „Mein Gott, ich danke Dir.“

Gegen den Strafrechtler Professor Georg Mangakis, den griechisch-französischen Journalisten Joannis Starakis und den Chemiker Spyro Loukas wurden 18 Jahre Zuchthaus verhängt. Gegen den Fernmeldeangestellten Joannis Kombotiatis 15 Jahre Zuchthaus. Für diese vier hatte der Kronanwalt lebenslänglich Zuchthaus beantragt. Zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilte das Gericht den pensionierten General Georg Jordanidis, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Union in Griechenland Karalambos Protopapas und den ehemaligen Studentenführer der Zentrumsunion Nikolaos Konstantopoulos.

Erklärungen, die eine Reihe von Angeklagten vor Gericht über Mißhandlungen während der Voruntersuchung im Gewahrsam der Gendarmerie und Militärpolizei vorgelegt hatten, wies der Kronanwalt in dem Prozeß als Verleumdungen zurück. An den ersten Prozeßtagen hatten sechs der Angeklagten durch ihre Verteidiger eingehende Schilderungen über

körperliche und seelische Foltern verlesen lassen. Das Anhören von vier anderen angekündigten Erklärungen dieser Art hatte das Gericht dann abgelehnt.

\*

BONN (AP). Die Bundesregierung strebt eine internationale Aktion mit dem Ziel an, eine Revision der Urteile zu erreichen. Regierungssprecher Conrad Ahlers kündigte Konsultationen im Europarat an. Ahlers äußerte die „Bestürzung“ der Bundesregierung über die Urteile.

\*

GELSENKIRCHEN (dpa). Vor einem SPD-Bezirksparteitag in Gelsenkirchen warnte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, die griechischen Generalkonsuln davor, mit den griechischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik umzugehen, als dürften sie griechische Innenpolitik im Zeichen der Obristen treiben.

(Siehe auch Seite 3: „Barbarei“)